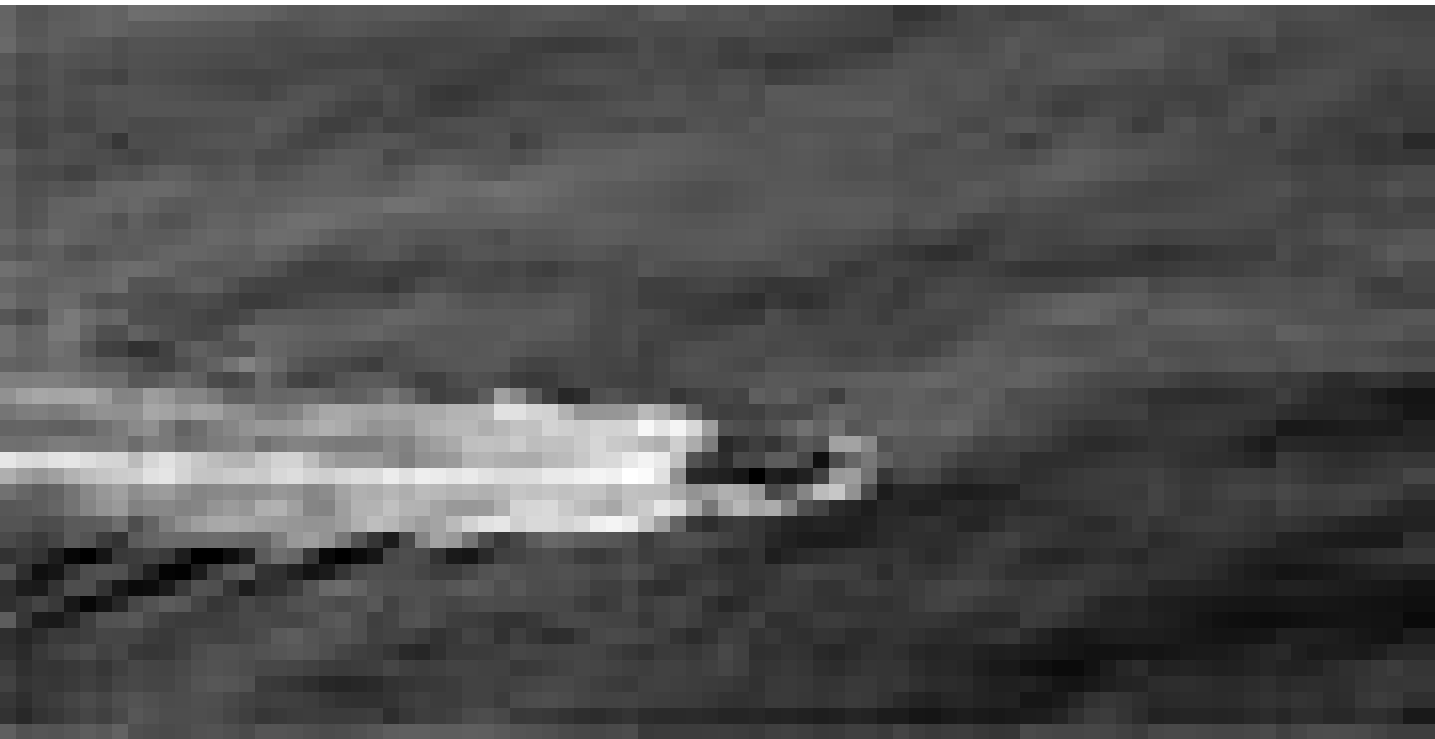


FESTUNG EUROPA

Fit für die Saison



Flüchtlingsschicksale aus der Vogelperspektive: Luxemburg beteiligt sich mit einem Aufklärungsflugzeug an der Jagd nach Migranten vor der Küste Westafrikas. (Foto: Frontex)

Luxemburg beteiligt sich an den Operationen der EU-Grenzschutzagentur Frontex. Bei der Bekämpfung von Flüchtlingen kennen die Mitgliedstaaten keine Tabus.

Spätestens im April rollt sie an - die neue "Flüchtlingsschicksale" aus Afrika in Richtung Europa. Da ist sich Ilkka Laitinen mit Franco Frattini, dem zuständigen EU-Kommissar für Justiz und Inneres, vollkommen einig. Doch wer militärisch denkt wie Laitinen, bleibt zuversichtlich, auch angesichts drohender Gefahr: Der "Massenansturm Illegaler" könne geringer ausfallen, wenn die Grenzschutzagentur Frontex "bis dahin im Einsatz ist", so der Direktor der EU-Behörde mit dem martialisch klingenden Namen. Um für die Herausforderung fit zu werden, sei jedoch die Solidarität der Mitgliedsländer erforderlich.

Sein Appell, anlässlich der EU-Innenministerkonferenz im Januar in Dresden formuliert, verhalte auch in Luxemburg nicht ungehört. Das Großherzogtum wird sich an der Frontex-Operation "Hera III" beteiligen. Dies gaben Luc Frieden und Nicolas Schmit in der vergangenen Woche auf einem weiteren Treffen des Innenministertgremiums in Brüssel bekannt. "Il importe de se montrer solidaire avec les pays qui sont le plus affectés par l'immigration illégale", so die beiden Minister in einer Presseerklärung, die nebst eines geleasteten Überwachungsflugzeugs die Entsendung von zwei Grenzschutzbeamten auf die Kanarischen Inseln zusicherten.

Damit beteiligt sich Luxemburg an beiden Elementen, aus denen "Hera III" besteht. Die Frontex-Beamten auf den Kanaren sollen hauptsächlich Interviews mit aufgegriffenen Migranten führen, um ihnen Informationen über Fluchthelfer abzunötigen. Das Flugzeug hingegen wird in Abstimmung mit den senegalesischen Behörden entlang der westafrikanischen Küste patrouillieren, um Flüchtlinge zu entdecken und abzufangen. Für das Staatsratsmitglied Agnes Rausch ist die Entwicklung angesichts der vorherrschenden Logik wenig verwunderlich.

"Innerhalb der europäischen Verantwortung hat sich das aufgedrängt", so Rausch, und gemeinsame Verantwortung bedeute momentan offensichtlich "die gemeinsame Abschottung von Europa".

Schild gegen die Armut

Ausführendes Organ dieser Politik soll nach dem Willen der EU-Innenminister in zunehmenden Maße Frontex werden. Der Name leitet sich ab aus der Wortverbindung "frontières extérieures" und bezeichnet damit auch den Zuständigkeitsbereich der Behörde: die Abschottung der Außengrenzen der Union. Seit anderthalb Jahren nun existiert die "Agentur" mit Sitz in Warschau, verfügt momentan über offiziell rund 70 Beamte und einen steil ansteigenden Etat.

Zu den Hauptaufgaben von Frontex gehört laut Verordnung des Rates der Europäischen Union die Koordinierung der "operativen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Bereich des Schutzes der Außengrenzen". Denn dieser ist bislang noch Ländersache. Frontex soll lediglich die Anwendung der "Maßnahmen der Gemeinschaft zum Schutz dieser Grenzen" erleichtern, ist für Risikoanalysen und Hilfe bei "gemeinsamen Rückführungsaktionen" von Flüchtlingen verantwortlich. Die Behörde wird von einem Exekutivdirektor - Ilkka Laitinen - geleitet, der wiederum vom Verwaltungsrat ernannt wird. Dieser setzt sich aus einem Vertreter jedes Mitgliedstaates und zwei Vertretern der Kommission zusammen.

Kritiker wie die deutschen Grünen beklagen mangelnde Möglichkeiten, Frontex parlamentarisch zu kontrollieren. In der Tat hält sich die Behörde - von der Berliner Zeitung "Tagesspiegel" sinnreich als "Europas Schild gegen die Armut" bezeichnet - in vielen Belangen bedeckt. Medienvertretern wird eine Führung durch das Amt in Warschau verwei-

gert. Mit der Presse reden darf nur Laitinen sowie dessen Stellvertreter. Der Finne Laitinen, der laut eigenem Bekunden "25 Jahre Grenzschutz auf dem Buckel" hat, verweigert sich bei Detailfragen mit dem Argument, man dürfe "kriminellen Schleusern" nicht in die Hände spielen. "Die beste Operation ist die, von der keiner etwas merkt."

Und Frontex-Aktionen dürfte es künftig häufiger geben. Denn eine weitere Aufgabe der Behörde ist laut Definition die "Unterstützung von Mitgliedstaaten, die sich einer Situation gegenübersehen, die eine verstärkte operative und technische Unterstützung an den Außengrenzen erfordert". Im vergangenen Jahr sind allein auf den Kanarischen Inseln mehr als 31.000 afrikanische Flüchtlinge gelandet. Etwa 6.000 weitere sind nach Angaben der spanischen Regierung umgekommen, die Dunkelziffer dürfte wesentlich höher sein. Spanien gilt hinsichtlich von Migrationsbewegungen als Frontstaat.

Doch die Abschottungspolitik zeigt Wirkung. Waren es früher überschaubare 50 Kilometer an der Meerenge von Gibraltar, die von den Flüchtlingen auf dem Weg von Marokko nach Spanien überwunden werden mussten, brechen die Menschen heute von Senegal, Mauretanien und sogar von Guinea-Bissau auf. In diesem Fall müssen sie 3.000 Kilometer in kleinen Nusschalen zurücklegen, die zumeist hoffnungslos überladen sind. Ein Manöver mit oft tödlichem Ausgang. So war Mitte Dezember ein Boot auf dem Weg von Senegal nach einem Monat auf See im Atlantik havariert. 102 der 127 Passagiere kamen um, die Überlebenden wurden, manche mit Bisswunden von Fischen, halbtot und völlig traumatisiert, aus dem Wasser gezogen.

Hier will Frontex abhelfen. "Hera III" wird als Maßnahme zur Rettung von Menschenle-

ben verkauft. Eine Prosa, die sich auch Immigrationsminister Nicolas Schmit gern zu eigen macht: "Wenn die Leute sich auf diese Reise begeben, was ja extrem gefährlich ist - und Tausende kommen ja nie an - dann muss man versuchen, sie zu stoppen", sagte er letzte Woche im RTL-Radio. Frontex-Direktor Laitinen drückt sich unverblümt aus. Ganz im Sinne militärischer Feinderkennung besteht er auf der Bezeichnung "illegale Migranten". Entsprechend ist geplant, seine Behörde um mobile "Soforteinsatzteams" zu erweitern. Und - wohl die wichtigste Neuerung - im April soll eine Verordnung vorgelegt werden, die nationalen Grenzbeamten auch im Ausland exekutive Befugnisse einräumt. Deutschland hat zudem den Ausbau von Frontex zu einem der Hauptziele seiner aktuellen EU-Ratspräsidentschaft gemacht.

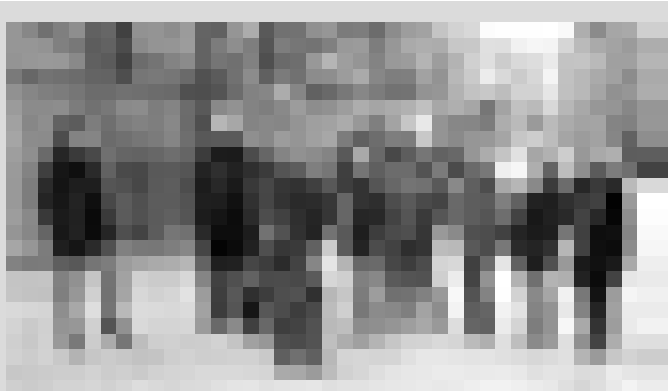
Menschenrechtliches Defizit

Für Karl Kopp ist die Argumentation, man wolle Menschenleben retten, eine "bloße Rationalisierung". Das Vorstandsmitglied des Europäischen Flüchtlingsrates bescheinigt der EU vielmehr ein "menschenrechtliches Defizit": "Bei ihren Maßnahmen zur Fluchtverhinderung arbeitet die EU mit Drittstaaten zusammen, die die Menschenrechte nicht achten. Es gibt beispielsweise Berichte von Todeschüssen auf Flüchtlinge, von Aussetzungen in der Wüste und von Vergewaltigungen. Das ist mit Bezug auf Libyen und Marokko deutlich, aber auch mit Blick auf die westafrikanischen Staaten ist uns nicht klar, was die machen - die EU kennt da keine Tabus mehr."

Karl Kopp problematisiert nicht allein die von Frontex praktizierte Hinderung an der Flucht aus der Herkunftsregion, die den Betroffenen selbst die theoretische Chance auf Asyl raubt und jede juristische Kontrolle verhindert. "Wir haben keinerlei Informationen, was mit den in internationalen Gewässern aufgebrachten Fluchtbooten geschieht - die liefert uns auch Frontex nicht." Kopp sorgt sich, ob Schiffe daran gehindert werden, in einen sicheren (EU-)Hafen zu gelangen.

Für Frontex aber zählen die Erfolgsmeldungen: Wie jene, dass man allein im zweiten Halbjahr 2006 etwa 3.600 Menschen auf der Flucht abgefangen und in Transitländer wie Senegal und Mauretanien zurück verfrachtet hat. Doch Laitinen weiß: Eine gewonnene Schlacht bedeutet noch keinen gewonnenen Krieg. "Wir beobachten auch in Spanien das Phänomen, dass sich die illegalen Zuwanderer immer neue Wege suchen: Möglicherweise konzentrieren sie sich demnächst doch wieder stärker an der Straße von Gibraltar, wenn es über die Kanaren nicht mehr funktioniert", sagte er der deutschen Tageszeitung "Welt". Und sprach damit zugleich die Erkenntnis aus, die ihm selber anscheinend verborgen bleibt: Es ist nicht die kommerzielle Fluchthilfe, sondern das EU-Grenzregime, das für die humane Katastrophe an Europas Außengrenzen verantwortlich ist.

Thorsten Fuchshuber



Ein bisschen Parität

Auf ihrem diesjährigen Wochenendausflug nach Belgien versuchten die Woxxies, ihren feministischen Prinzipien gerecht zu werden. Fast geschafft, wie das Bild belegt: Beim Kochen waren die Männer zu 33 Prozent beteiligt. Doch im nächsten Jahr soll die 50 Prozentquote erreicht werden. Die woxx gibt nicht auf.

